



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sicherheit für Menschen hier und in Syrien

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass nach 13 Jahren Bürgerkrieg in Syrien jetzt Umsicht und Besonnenheit gefordert sind. Der langjährige Diktator Baschar al-Assad wurde zwar gestürzt, ein stabiles politisches System hat sich aber noch nicht gebildet. Die langfristigen Ziele der führenden islamistischen Miliz Hai'at Tahrir al-Scham sind noch völlig offen, die erneute Dominanz radikaler dschihadistischer Kräfte ist nicht ausgeschlossen.

Weiter stellt der Landtag fest, dass für einen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein dauerhafter Frieden und internationale Unterstützung Voraussetzung sind. Der Schutz syrischer Frauen und Mädchen vor Gewalt und dauerhafte Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben müssen fester Bestandteil der internationalen Bemühungen werden. Überstürzte Abschiebungen und Rückführungen in ein vom Krieg gezeichnetes Land schaffen nur Unsicherheit und sind damit ein Risiko für den Wiederaufbau.

Der Landtag erachtet es als notwendig, dass sowohl den aus Syrien geflohenen Menschen in Deutschland als auch den in Syrien lebenden Menschen in dieser unsicheren Lage möglichst viel Sicherheit gegeben wird. Die Integration bereits in Deutschland lebender Geflüchteter muss fortgeführt werden.

Der Landtag betont, dass die große gesellschaftliche Leistung der vielen hier arbeitenden syrischen Geflüchteten wird ausdrücklich anerkannt wird. Sie und ihre Familien haben in Bayern und Deutschland oftmals eine neue Heimat gefunden. Selbstverständlich achtet der Landtag auch das Rückkehrrecht aller vom Krieg vertriebenen Syrerinnen und Syrer. Er unterstützt den Wiederaufbau und alle die daran mitwirken wollen und können nach Kräften.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die bayerische Wirtschaft angesichts des hohen Arbeitskräftebedarfs nicht durch überstürzte Abschiebeforderungen dringend benötigter syrischer Arbeitskräfte zu verunsichern,
- Sprachkurse und Berufsqualifizierung ohne Verzögerung weiterzuführen,
- monate- oder gar jahrelange Phasen der Unsicherheit für Geflüchtete zu vermeiden,
- die besonderen Bedürfnisse von geflüchteten Familien und Kindern ausreichend zu berücksichtigen und
- in enger Abstimmung mit dem Bund die Lage in Syrien laufend zu analysieren und dem Landtag zu berichten.